

ZUSAMMENFASSUNGEN

Marc Debus / Christoph Knill / Jale Tosun

Drum zahle, wer sich ewig bindet: Eine Analyse der Gebührenhöhe für eingetragene Lebenspartnerschaften in Baden-Württemberg

Seit 2001 besteht in der Bundesrepublik für homosexuelle Paare die Möglichkeit, im Rahmen einer eingetragenen Lebenspartnerschaft ihrem Zusammenleben einen rechtlichen Status zu verleihen. In inzwischen 15 Bundesländern gibt es einheitlich festgelegte Gebühren, die anfallen, wenn ein gleichgeschlechtliches Paar wünscht, einer solchen Lebenspartnerschaft einen rechtlich bindenden Charakter zu verleihen. Lediglich in Baden-Württemberg entscheiden derzeit noch die Landkreise und kreisfreien Städte individuell über die Höhe des Gebührensatzes. Dies hat zur Folge, dass die Gebühr für eine in Baden-Württemberg geschlossene Lebenspartnerschaft zwischen den Kreisen und kreisfreien Städten variiert. In der vorliegenden Abhandlung gehen wir dieser Varianz in der Gebührenhöhe nach und entwickeln ein Erklärungsmodell, das zentrale Konzepte der Policy-Analyse und der politischen Ökonomie miteinander verbindet. Unsere Untersuchung zeigt auf, dass die unterschiedlichen Gebührenhöhen für die Schließung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft sowohl von der regionalen politischen Kultur und dem ökonomischen Problemdruck, dem sich ein Landkreis oder eine kreisfreie Stadt gegenübergestellt sieht, beeinflusst werden. Zudem geht ein entscheidender Einfluss von der parteipolitischen Zusammensetzung der regionalen Entscheidungsgremien aus: Mit zunehmender Stärke gesellschaftspolitisch progressiver Parteien sinkt die Höhe der Gebühren, die zur Schließung von Lebenspartnerschaften in den Landkreisen und kreisfreien Städten Baden-Württembergs anfallen.

Michael Koß

Die Ausgestaltung der parlamentarischen Agendama­cht – Plädoyer für eine holistische Analyse von Parlamenten

Dieser Beitrag plädiert dafür, die parlamentarische Agendama­cht aus Ausgangspunkt einer holistischen Analyse von Parlamenten heranzuziehen. Dazu wird das Konzept der Agendakontrolle erweitert, um unterschiedliche Leit­motive von Parlamentsreformen (Effizienz, Effektivität, Legitimation) zu unterscheiden sowie die Sequenzierung von Reformtypen zu erfassen. Anders als die klassische Agendakontrolle kann Agendama­cht nicht allein dadurch ausgeübt werden, dass parlamentarische Zeit zur direkten Einflussnahme auf den parlamentarischen Output im Gesetzgebungsprozess verwendet wird (Effizienz), sondern auch zur indirekten Beeinflussung des Outputs durch Kontrolle der Regierung (Effektivität) oder Einwirken auf die öffentliche Meinung (Legitimität). Neben den formalen Regeln der Verteilung parlamentarischer Zeit und deren faktischer Anwendung berücksichtigt das Konzept der Agendama­cht auch die Ressourcen, die parlamentarischen Akteuren zur Nutzung dieser Zeit zur Verfügung stehen. Die Ausgestaltung der parlamentarischen Agendama­cht ergibt sich aus der Sequenzierung von Legitimitäts-, Effektivitäts- und Effizienzreformen. Auf diese Weise ermöglicht es das Konzept der Agendama­cht, den Wandel von

Parlamenten im Zeitverlauf und im internationalen Vergleich zu analysieren. Darüber hinaus lassen sich mithilfe des Konzepts die normativen Szenarien einer Entparlamentarisierung und eines Übergangs in die post- bzw. neoparlamentarische Demokratie operationalisieren.

Philip Manow

Wahlkreis- oder Listenabgeordneter, Typus oder Episode? Eine Sequenzanalyse der Wege in den Bundestag

Produziert das deutsche Mischwahlsystem zwei Typen von Abgeordneten – einen vornehmlich an der Repräsentation von Wahlkreisinteressen orientierten Typus des Direktabgeordneten und einen vornehmlich parteiloyalen und/oder an ‚funktionalen‘ Interessengruppen orientierten Typus des Listenabgeordneten? Der Beitrag untersucht zunächst mit Hilfe einer Sequenzanalyse die ‚typischen Wege in den Bundestag‘. Die leitende Frage lautet: Wie häufig finden sich überhaupt politische Karrierewege, die wir eindeutig als Karrieren von Listen- bzw. Direktabgeordneten klassifizieren könnten? Im zweiten Teil repliziert der Aufsatz eine Studie, die für Listenabgeordnete eine Überrepräsentation in sogenannten ‚Politik-Bundestagsausschüssen‘ und für Direktabgeordnete eine Überrepräsentation in sogenannten ‚Wahlkreis-Bundestagsausschüssen‘ erwartet. Der zentrale Befund dieser Replikation lautet: Für die hohe Zahl an Listenabgeordneten mit gleichzeitiger Wahlkreiskandidatur findet sich Evidenz für ein (auch) an Wahlkreisinteressen orientiertes parlamentarisches Handeln. Es gibt mithin wenig Hinweise auf eine deutliche parlamentarische Rollendifferenzierung zwischen denjenigen Abgeordneten, die über den Wahlkreis, und denjenigen, die über die Landesliste in den Bundestag eingezogen sind.

Tobias Bach

Autonomie und Steuerung verselbstständigter Behörden: Management, Regulierung und die Bedeutung formaler Strukturen

In einem in der *PVS* veröffentlichten Aufsatz gehen Ebinger und Schmitt (2010) der Frage nach den Performanzeffekten organisatorischer Verselbständigung von Bundesbehörden nach. Die Autoren widmen sich einem in der deutschsprachigen Verwaltungsforschung wenig beachteten Forschungsfeld und können auf einzigartige Daten zurückgreifen, die umfassend und nachvollziehbar statistisch analysiert werden. Demgegenüber weisen die Darstellung des Forschungsstandes, die Fallauswahl und die theoretische Argumentation erhebliche Schwächen auf. Der vorliegende Beitrag skizziert diese Probleme und zeigt weiterführende Forschungsfragen auf.

Falk Ebinger / Carina Schmitt

Autonomie und Autonomieeffekte: Theoretische und methodische Erläuterungen

In unserer Abhandlung *Alles eine Frage des Managements?* (Ebinger u. Schmitt 2010) präsentierten wir in Ausgabe 1/2010 dieser Zeitschrift ein Modell zum Einfluss institutioneller Autonomie auf die Handlungsfreiheit des administrativen Leitungspersonals, das wir anhand eines Surveys der bundesdeutschen politisch-administrativen Elite empirisch über-

prüfen. Tobias Bach setzt sich in seinem Kommentar (in diesem Band) kritisch mit unserem Beitrag auseinander. Wir werden seine Argumentation strukturieren, alle relevanten Einwände ausräumen und die Chancen unseres Ansatzes aufzeigen.

Sabine Kropp / Aron Buzogány / Jonas Buche

Von den Schwierigkeiten, Zusammengehöriges zu vereinen – Nationale Parlamente und Exekutiven als Gegenstand der Europäisierungsforschung

Der Beitrag bietet eine kritische Bestandsaufnahme der Europäisierungsforschung zu nationalen Parlamenten und Verwaltungen. Wesentliche Aspekte des Regierens sowie zentrale demokratietheoretische Perspektiven können nur dann umfassend analysiert werden, wenn Parlaments- und Verwaltungsforschung miteinander verknüpft werden. Beide Forschungszweige haben in der vergangenen Dekade zwar jeweils einen beachtlichen Bestand an empirischen Ergebnissen hervorgebracht, doch richten sie ihren Fokus in der Regel nur auf den jeweils eigenen Bereich. Angesichts dieser bis heute üblichen Vorgehensweise arbeiten wir in einem ersten Schritt die Schwerpunkte beider Forschungszweige getrennt voneinander auf. Anschließend werden vier „Blindstellen“ der Forschung identifiziert, deren Aufarbeitung zu einem vertieften Verständnis parlamentarisch-exekutiver Steuerungszusammenhänge im europäischen Mehrebenensystem führen kann. Diese sind: akteurbezogene Variablen, Interaktionen, politikfeldbezogene Vergleiche sowie die integrierte Betrachtung unterschiedlicher Parlamentsfunktionen. Unsere Schlussfolgerungen legen nahe, dass es im Rahmen einer demokratietheoretisch orientierten Europäisierungsforschung analytisch fruchtbar wäre, diese unterschiedlichen Perspektiven in einem umfassenden Forschungsprogramm aufzuarbeiten.